

Ergebnisprotokoll

der 3. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
(IX. Wahlperiode)
am 06.06.2019

Tagungsort: Sitzungssaal 8 B UG beim Regionalverband FrankfurtRheinMain,
Poststraße 16 in Frankfurt am Main

Beginn: 10:00 Uhr **Ende:** 10:17 Uhr

Teilnehmer: Herr Kraft, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Herr Böttcher

Herr Kandziorowsky

Herr Swirschuk

Herr Fiedler

Herr Kraft

Frau Wucherpennig

Herr Fink i.V.

Frau Loizides

Herr Gerfelder i. V.

Frau Rinn

Herr Gritsch i.V.

Herr Röttger i.V.

Fraktionsgeschäftsführerinnen/ Frau Suffert

Fraktionsgeschäftsführer:

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Dr. Beck Herr Hennig
Herr Langsdorf

Schriftführerin: Frau Barthel

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
2. Antrag der Stadt Rüsselsheim, Stadtteil Königstädten auf Zulassung einer Abweichung von den Zielsetzungen des Regionalplanes Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 gem. § 8 Abs. 2 HLPG für die Ausweisung eines Sondergebiets „Nahversorgung Königstädten“ - **Drs. Nr. IX / 87.1**
3. Antrag der Gemeinde Niedernhausen auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die Ausweisung eines Sondergebietes „Lebensmitteleinzelhandel“ im Bereich des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet an der L 3026“ - **Drs. Nr. IX / 90.0** und **Drs. Nr. IX / 90.1**
4. Anfragen und Mitteilungen

zu TOP 1: Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Der Vorsitzende, **Herr Uwe Kraft**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Vertreter des Regierungspräsidiums Darmstadt. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist, gegen die vorgeschlagene Tagesordnung keine Einwendungen erhoben werden und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Das Protokoll der vergangenen Sitzung wurde genehmigt.

Zu Beginn der Sitzung informierte Herr Kraft darüber, dass sich zu TOP 3 - Antrag der Gemeinde Niedernhausen auf Zulassung einer Abweichung für die Ausweisung eines Sondergebietes „Lebensmitteleinzelhandel“ aktuelle Informationen ergeben hätten und übergab das Wort an Herrn Dr. Beck.

Herr Dr. Beck erläuterte, dass ihn der Bürgermeister der Gemeinde Niedernhausen, Herr Reimann, angerufen und gefragt habe, ob es dem Ausschuss möglich wäre, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, weil er noch interne Gespräche führen und ggfs. argumentativ auf das Verfahren eingehen möchte.

Herr Röttger (CDU) merkte an, die ablehnende Vorlage des Regierungspräsidiums sei wohl begründet. Er schlug jedoch vor dem Wunsch der Gemeinde, die Vorlage in die nächste Sitzungsrunde zu vertagen, Folge zu leisten.

Herr Böttcher (DIE GRÜNEN) fügte hinzu, dass seine Fraktion die Vorlage ebenfalls für gut begründet halte. Er wundere sich jedoch, dass am heutigen Tag kein Vertreter der Gemeinde anwesend sei, um das Projekt weiterhin zu vertreten. Seine Fraktion werde der Vertagung nicht widersprechen, sehe jedoch keine guten Aussichten auf ein positives Votum.

Basierend auf den vorgelegten Antragsunterlagen sah **Herr Gerfelder (SPD)** ebenfalls keine guten Chancen auf eine positive Bescheidung der Vorlage. Seine Fraktion respektiere

jedoch den Wunsch der Gemeinde nach Vertagung. Er vertrat die Auffassung, dass die Gemeinde Niedernhausen, wollte sie an dem Vorhaben festhalten, weiterreichende Begründungen im Ausschuss darlegen sollte.

Da keine Wortmeldungen mehr vorlagen, ließ Herr Kraft über die Einlassung der Gemeinde, den TOP 3 von der heutigen Tagesordnung zu nehmen abstimmen.

Beschluss: Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr stimmt dem Anliegen der Gemeinde Niedernhausen nach Vertagung der Drs. Nr. IX / 90.1 einstimmig zu.

Herr Kraft erklärte die Absetzung des Tagesordnungspunktes 3 (siehe oben), somit ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
2. Antrag der Stadt Rüsselsheim, Stadtteil Königstädten auf Zulassung einer Abweichung von den Zielsetzungen des Regionalplanes Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 gem. § 8 Abs. 2 HLPG für die Ausweisung eines Sondergebiets „Nahversorgung Königstädten“ - **Drs. Nr. IX / 87.1**
3. Anfragen und Mitteilungen

zu TOP 2: Antrag der Stadt Rüsselsheim, Stadtteil Königstädten auf Zulassung einer Abweichung von den Zielsetzungen des Regionalplanes Südhessen/ Regionalen Flächennutzungsplans 2010 gem. § 8 Abs. 2 HLPG für die Ausweisung eines Sondergebiets „Nahversorgung Königstädten“ - **Drs. Nr. IX / 87.1**

Da es keine Wortmeldungen gab ließ Herr Kraft über die **Drs. Nr. IX / 87.1** abstimmen.

Beschluss: Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr stimmt der Drs. Nr. IX / 87.1 einstimmig zu.

zu TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

Herr Hennig teilte im Zusammenhang mit dem anstehenden Raumordnungsverfahren der Bahn-Neubaustrecke Gelnhausen-Fulda/Würzburg mit, dass die DB Netz-AG angekündigt/ vorgesehen hätte, Ende Juni die Antragsunterlagen beim Regierungspräsidium zur Vollständigkeitsprüfung vorzulegen. Die Einleitung des ROV erfolge in Abhängigkeit des Ergebnisses der Vollständigkeitsprüfung, nach Vorlage aller hierzu erforderlichen Unterlagen. **Herr Hennig** stellte die Frage, ob seitens des Ausschusses Interesse an einer Vorstellung des Vorhabens durch die Antragstellerin bestehe.

Herr Böttcher (DIE GRÜNEN) erklärte, dass ihm das Vorhaben aus der Diskussion und dem Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren im MKK gut bekannt sei, er erachte es aber für sinnvoll das Projekt in der Regionalversammlung einmal vorzustellen. Es verwundere ihn, dass in der Vorhabensbeschreibung noch immer von der Neubaustrecke Hanau-Würzburg/Fulda die Rede sei. Man habe sich doch bewusst für einen Ausbau im Korridor Gelnhausen-Fulda

entschieden und die Planungen zum Ausbau der Südspessartstrecke zwischen Hanau und Würzburg seien nicht mehr Bestandteil dieses Vorhabens bzw. würden gesondert behandelt.

Herr Hennig stellte klar, dass es sich um den bisher gängigen „Arbeitstitel“ des Vorhabens handele.

Da es keine Einwendungen gab, begrüßte **Herr Kraft** eine Vorstellung des Projektes seitens der DB Netz-AG in der nächsten Sitzungsrunde.

Herr Gerfelder (SPD) legte dar, dass es in Dietzenbach, Kreis Offenbach, Bestrebungen gäbe, eine große Abbaufäche (oberflächennahe Lagerstätte) zu erschließen. Dieses Vorhaben liefe wohl auf ein Planfeststellungsverfahren nach Bergrecht hinaus und betreffe somit die RVS nur als beteiligte Stellungnehmerin. Trotzdem wäre es von Interesse zu gegebener Zeit Informationen hierzu zu erhalten. Gleiches regte **Herr Böttcher (DIE GRÜNEN)** an, der erläutere, dass es einigen Widerstand gegen das Projekt gibt, u. a. einen Resolutionsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung in Dietzenbach.

Herr Hennig erklärte, dass sich der Kenntnisstand der Behörde bisher lediglich auf eine Projektskizze beschränke. Die Prüfung über das weitere Verfahren sei derzeit noch nicht abgeschlossen. Bohrungen, die eine Bergrechtsfähigkeit des Rohstoffes untersuchten, wären aber bereits vorgenommen worden. Das Projekt befände sich jedoch nach seinem Kenntnisstand noch nicht in einem dem Bahnprojekt entsprechenden, vorstellungsfähigen Stadium.

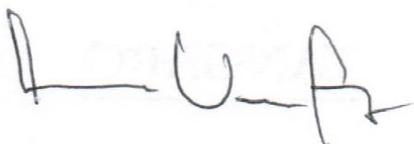
Herr Kraft bat darum, den entsprechenden Ausschuss bis zum Vorliegen von beschlussfähigen Vorlagen regelmäßig auf dem aktuellen Stand zu halten. **Herr Hennig** sagte dies zu. (Ergänzung: Zuständig ist der Ausschuss für Natur, Landwirtschaft und Forsten).

Herr Swirschuk (DIE GRÜNEN) stellte die Frage, nach welchen Kriterien sich die Art des rechtlichen Verfahrens im Hinblick auf den Kiesabbau in der Region richte.

Herr Hennig führte aus, dass bei Kiesabbau i.d.R. Genehmigungsverfahren entweder nach Bergrecht (wenn der Rohstoff unter Bergrecht fällt) geführt würden, bzw. bei Abbauvorhaben, die nicht unter das Bergrecht fallen und bei denen eine Wasserfläche erzeugt werde, Wasserrecht zum Tragen käme.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab, schloss **Herr Kraft** die Sitzung um 10:17 Uhr.

Der Vorsitzende des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr



Uwe Kraft

Die Schriftführerin



Manuela Barthel